



## Nebenwirkungen unbekannt

*“Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker.” Wer kennt ihn nicht: den obligatorischen Satz aus der Werbung, der auf mögliche negative Arzneiwirkungen hinweisen soll? Dabei haben viele Medikamente auch positive Nebeneffekte. Doch diese dürfen nicht beworben werden. Das hat beträchtliche Konsequenzen, wie das Brüsseler Institut Economique Molinari zu berichten weiß.*



**Dr. Cécile Philippe**  
Direktorin des  
Molinari Instituts

Eine Umfrage in Kanada habe ergeben, daß 62% der Befragten glauben, direkte medizinische Information sei erlaubt, so Dr. Cécile Philippe, die Direktorin des Institut Economique Molinari. Doch dieser Glaube sei trügerisch. Weder in Kanada, noch in Frankreich, Deutschland oder einem anderen EU-Land geht die Informationsfreiheit so weit. In keinem Medium dürfen die Hersteller für die positiven Nebenwirkungen ihrer Produkte werben. Die Konsumenten müssen daher über kosten- und zeitaufwendige Umwege ihrer Zusatzinformationen einholen.

Den umfassenden Bericht in englischer Sprache finden Sie hier:

Institut Economique Molinari  
rue Luxembourg, 23 bte 1  
1000 Bruxelles  
Belgique  
Tél. +32 2 506 40 06  
Fax +32 2 506 40 09  
e-mail:  
cecile@institutmolinari.org  
www.institutmolinari.org

Ein Versuch der EU-Kommission, die strengen Bestimmungen ein wenig zu lockern, scheiterte am 23. Oktober 2002 am Europäischen Parlament. Nach Auffassung des Parlamentes müsse sichergestellt sein, „daß die an den Patienten vermittelte Information von neutralen und öffentlich geförderten wissenschaftlichen Einrichtungen vorher verifiziert worden sei“, erklärte die Berichterstatterin des Gesundheits- und Umweltkomitees, Françoise Grossetête.

Kritiker der Informationsfreiheit weisen auf möglichen Missbrauch hin, doch Fehlinformationen können immer auftreten, und Unternehmen, die den Verlockungen gezielter Fehlinformationen nachgeben, haben nicht nur mit rechtlichen Verfolgungen, sondern auch mit enormen Rückschlägen infolge eines Vertrauensverlustes unter den Konsumenten zu rechnen, was sie wiederum zu ehrlichem Handeln bewegt.

Auch in den USA, so Philippe, folgten die Behörden der Devise, die Nennung der eventuell schädlichen Nebenwirkungen sei wichtiger als die der positiven Begleiterscheinungen der Arznei. Und so müssen dort alle negativen Nebeneffekte genannt werden, während der Raum für die Bewerbung des Medikamentes eingeschränkt bleibt. Zwar wisse man längst, daß die Einnahme von Aspirin das Risiko eines Herzinfarktes

Interessantes aus  
Deutschland für  
CNE-Leser

Interessantes von  
CNE für  
deutsche Leser

Themen dieser  
Ausgabe

*Fragen Sie Ihren Arzt*  
Cécile Philippe über  
Werbeverbote positiver  
Arzneinebenwirkungen

*Prüfen Sie Popper*  
Hardy Bouillon über  
Poppers Offene Gesellschaft nach 60 Jahren

*Seien Sie neugierig*  
... auf CNE's neue Website  
„geistiges Eigentum“

*Umfahren Sie den Stau*  
weiträumig  
Gunnar Sohn über das  
Buch zum deutschen Reformstau von Thomas  
Straubhaar et al.

*Bleibe im Land ...*  
Das „Vaterlandslose  
Gesellen – Stück“ der  
Genossen

herabsetzen könne, aber darauf hinweisen dürfe man in der Packungsbeilage nicht. Laut Prof. Dr. Paul Rubin von der Emory University könnten jährlich 10.000 Tote vermieden werden, wenn dieses Hinweisverbot aufgehoben würde. (S. "FDA Advertising Restrictions: Ignorance is Death", in: Robert Higgs (Hg.), *Hazardous to Our Health? FDA Regulation of Health Care Products*, Oakland, Kalifornien, Independant Institute, 1995, S. 44-46.). Ähnliches gelte für die Folsäure, ein Form von Vitamin B, welche die Entwicklung des Fötus fördert und Fehlentwicklungen hemmt. Nach Auffassung von Dr. Mary Ruwart habe die Zurückhaltung dieser Information weit mehr leidtragende Kinder und Eltern bewirkt als der

Contergan-Skandal in den 50er und 60er Jahren (S. Mary J. Ruwart, *Death by Regulation: The Price We Pay for the FDA*, <http://www.isil.org/resources/lit/death-regulation.html>). Jährlich würden 2.500 Kinder mit offenem Rücken (*spina bifida*) geboren und noch mehr abgetrieben, so Dr. Ruwart.

All dies sei nur die Spitze des Eisbergs, meint Cécile Philippe. Es gebe vermutlich unzählige anderer Krankheiten infolge vorenthaltender Informationen über die positiven Nebeneffekte existierender Medikamente, von denen niemand wisse.

Eine Antwort auf die restriktive Informationspolitik der

Länder seien die weltweit mehr als 15.000 Websites, die umfangreich über alle Wirkungen von Medikamenten berichteten. Den Patienten von wichtigen Informationen auszuschließen, sei kein Mittel, ihn vor seiner Krankheit zu schützen oder ihn von dieser zu heilen, schlussfolgert Philippe.

Es würde ihm und uns allen, die wir die Kosten unvermeidbarer aber vermeidbarer Erkrankungen tragen müssen, helfen, Zeit und Geld zu sparen, und vielleicht sogar, Leben zu retten. Wenn Gesetzgeber und Gesundheitsbehörden ihre Politik nicht drastisch änderten, würden die Zahl der vermeidbaren Toten und die Kosten für das Gesundheitswesen nach wie vor steigen.

## Poppers Offene Gesellschaft nach 60 Jahren



**Karl Popper**

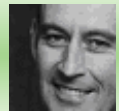
Im April 1944 (also vor nun genau 60 Jahren) schrieb Karl Popper das Vorwort zu seinem zweibändigen Werk „Die Offene Gesellschaft und ihre Feinde“. Darin nennt Popper die Motive, die ihn zur Abfassung seines wohl bekanntesten Buches veranlaßten, und er betont, er habe

niemanden herabsetzen wollen: „Mein Beweggrund ist eher in meiner Überzeugung zu suchen, daß wir, wenn unsere Kultur weiterbestehen soll, mit der Gewohnheit brechen müssen, großen Männern gegenüber unsere geistige Unabhängigkeit aufzugeben. Große Männer können Fehler machen, und ich versuche hier, zu zeigen, daß einige der größten geistigen Führer der Vergangenheit einen immer wieder erneuerten Angriff auf Freiheit und Vernunft unterstützt haben.“ (Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band I, S. XVI)

Poppers Aufforderung zur Aufgabe schlechter Gewohnheiten folgend, kommt Bouillon zu dem

Ergebnis, daß Poppers Verteidigungsschrift der Freiheit entgegen ihrem Zweck diesem Angriff auf Freiheit und Vernunft dienlich gewesen sei.

**Hardy Bouillon**



Der hier abgedruckte Beitrag erschien erstmals als „Popper und die individuelle Freiheit in der Offenen Gesellschaft“, in: *Economic Policy in an Orderly Framework. Liber Amicorum for Gerrit Meijer*, hg. von Jürgen Backhaus et al., Transaction Books, New Brunswick 2003, S. 88-99.

## Einleitung

Die *Offene Gesellschaft*<sup>1</sup> ist heute ein geflügeltes Wort – ein Slogan für eine im weitesten Sinne liberale und tolerante Gesellschaft, die ihr Selbstverständnis in einem demokratisch geordneten Rechtsstaat zum Ausdruck bringt. In ihr sollen alle notwendigen Vorkehrungen getroffen sein, die eine Fortentwicklung der gesellschaftlichen Einrichtungen unter Wahrung der demokratisch-rechtstaatlichen Ordnung gewährleisten, die einen Reformismus in Richtung auf „Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Chancengleichheit“<sup>2</sup> erlauben und einen Revolutionismus verbieten. Popper entwickelte sein Modell einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung aus der Kritik am Historizismus, am Glauben an historische Gesetzmäßigkeiten. Er attackierte vornehmlich Platon, Hegel und Marx. In ihnen sah er die geistigen Urheber der Idee, dass die Gesellschaft ein Ganzes sei (Holismus), dessen Geschichte von Gesetzen bestimmt werde, die erkennbar seien und so die Zukunft vorhersehbar erscheinen ließen. Diese Idee entlarvte er als großen Irrglauben mit verheerenden Folgen, als Geburtsstätte totalitärer Systeme. Seine Kritik und der Vorwurf an Platon, Hegel und Marx, Vorreiter totalitärer Herrschaftssysteme zu sein, brachte ihm zahlreiche Erwidierungen ein.<sup>3</sup> Doch das Echo rügte in erster Linie seine Philosophenschelte und nicht so sehr seine Kritik am historizistischen Irrweg, der seit dem Zusammenbruch der kommunistischen

Staaten in Mittelost- und Osteuropa nur mehr wenige seriöse Verteidiger findet. Interessanterweise riefen Poppers Vorschläge zu einer freien, offenen Gesellschaft weniger Kritiker auf den Plan. Sieht man einmal von den Reaktionen ab, die aus dem Lager der Begründungsphilosophie stammen,<sup>4</sup> dann kann man eine überwiegend positive Aufnahme von Poppers politischer Philosophie vermerken. Poppers Gesellschaftsphilosophie zielt auf eine harmonische Verschmelzung von Demokratie und Liberalismus. Ihre Kernideen finden sich im 17. Kapitel des 2. Bandes der *Offenen Gesellschaft*.

Popper schrieb seine *Offene Gesellschaft* während des 2. Weltkrieges. Er durfte hoffen, nach dessen Ende eine Lücke im ordnungspolitischen Denken füllen zu können. In Deutschland bestand nach dem Krieg ein ordnungstheoretischer Nachholbedarf. (Das erklärt auch den großen Erfolg der Ordoliberalen.<sup>5</sup>) Nach dem Zusammenbruch des 12-jährigen Totalitarismus, der das Individuum seiner individuellen Freiheit weitgehend beraubt hatte, und angesichts des stalinistischen Totalitarismus, der das immer noch erfolgreich unternahm, war ein Verlangen nach einer politischen Theorie, die das Individuum und dessen Freiheit in den Mittelpunkt rückte, wohl nur allzu verständlich. Das Drängen nach größtmöglicher individueller Freiheit stand aber nicht allein. Die Angst, dass einige in der Ausübung ihrer gleichfalls größtmöglichen individuellen Frei-

heit die ökonomische Macht der anderen bis zur Unerträglichkeit schmälern könnten, konterkarierte es.<sup>6</sup> Ist die Möglichkeit zur Akkumulation von Kapital im Staat nicht künstlich begrenzt, bildet sich nicht notwendigerweise ein Equilibrium heraus.<sup>7</sup> Richtig, es kann in diesem Zustand eines „schrakenlosen Kapitalismus“<sup>8</sup> zu ungleicher Verteilung von Kapital kommen. Viele soziale Erscheinungen, die während der liberalen Ära im 19. Jahrhundert auftraten, gelten in der heutigen Geschichtsschreibung gemeinhin als die Schattenseiten des ungebremsten Kapitalismus. Nur wenige Historiker zeichnen ein anderes, korrekteres Bild.<sup>9</sup> Popper wählt die Kinderarbeit als abschreckendes Beispiel. Solche Folgen des unbeschränkten Kapitalismus – die Gültigkeit ihrer kausalen Relation einmal angenommen – finden wohl allgemein breite Ablehnung. Popper zweifelt offensichtlich nicht daran, dass die Armut und Ausbeutung kindlicher Arbeitskraft im 19. Jahrhundert Folgen der weit reichenden ökonomischen Freiheit waren. Und so wirbt er um Verständnis für Marx in dessen Kritik am Kapitalismus:

*„Angesichts solcher Erfahrungen ist es nicht erstaunlich, dass Marx vom Liberalismus nicht sehr viel hielt und dass er in der parlamentarischen Demokratie nichts anderes sah als eine verhüllte Diktatur der Bourgeoisie. Und es war für ihn ein leichtes, diese Tatsachen so zu deuten, dass sie seine Analyse der Beziehung zwischen*

*dem Rechtssystem und dem sozialen System unterstützen. Im Rechtssystem waren Gleichheit und Freiheit zumindest angenähert hergestellt. Aber was bedeutete das in Wirklichkeit! Wir dürfen Marx wirklich nicht tadeln, wenn er immer wiederholt, dass nur die ökonomischen Tatsachen ‚wirklich‘ sind und dass das System der Gesetze nur ein großer Überbau ist, ein Mantel dieser Wirklichkeit sowie ein Instrument der Klassenherrschaft.“ (Popper 1992 (2):143)*

Popper teilt Marxens Missbilligung der sozialen Zustände – nicht aber dessen Vorschlag zu deren Behebung. Popper teilt auch die Auffassung, dass die individuelle Freiheit – die er in Anlehnung an Hegel formale Freiheit nennt, nicht ausreicht, um ein menschenwürdiges System zu ermöglichen. Er nimmt an, dass der reine Kapitalismus zu Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit führe und dass dies auf das Paradoxon der Freiheit rückführbar sei.

### Die individuelle Freiheit

Das Paradoxon der Freiheit besteht laut Popper darin, dass die Freiheit zu ihrem eigenen Erhalt eingeschränkt werden müsse. Streng genommen liegt hier kein genuines Paradoxon vor. Niemand *muss* auf einen Teil seiner individuellen Freiheit verzichten, um den Rest derselben zu erhalten. Es ist lediglich wahrscheinlich, dass in einer Welt mit Konsumrivalität um knappe Güter der Großteil der individuellen Freiheit

eher erhalten bleibt, wenn sein Erhalt mit der Aufgabe eines bestimmten Teils der individuellen Freiheit erkaufte werden kann, als wenn keine Vorkehrung zum Erhalt der individuellen Freiheit getroffen wird. Diese Wahrscheinlichkeit vorausgesetzt, ist der Mensch willens, einen Teil seiner Freiheit zu opfern.

*„Ich bin zu gewissen Einschränkungen meiner Freiheit durch den Staat völlig bereit, vorausgesetzt, dass die mir verbleibende Freiheit durch den Staat geschützt wird; denn ich weiß, dass einige Einschränkungen notwendig sind; so zum Beispiel muss ich meine ‚Freiheit‘, andere anzugreifen, aufgeben, wenn ich wünsche, dass der Staat meine Verteidigung gegen Angriffe unterstützt. ... Eine genaue Bestimmung des Ausmaßes der Freiheit, das den Bürgern gewährt werden kann, ohne diejenige Freiheit zu gefährden, die der Staat zu beschützen hat, ist sicher sehr schwierig. Aber die Erfahrung, das heißt die Existenz demokratischer Staaten, hat erwiesen, dass dieses Ausmaß zumindest annähernd bestimmt werden kann.“ (Popper 1992 (1):132).*

Popper geht es hier offensichtlich nicht um eine analytisch scharfe Grenze zwischen notwendiger Beschneidung und darüber hinausgehender Einschränkung individueller Freiheit. Es geht ihm vielmehr um ein praktisches Austarieren, um einen optimalen Näherungswert an Frei-

heitsbeschränkung, der sich auf „das traditionelle Gerechtigkeitsgefühl“ (Popper 1991:172) berufen kann. Und dieser soll von der Demokratie festgelegt werden. „Tatsächlich ist es eine der Hauptaufgaben der Gesetzgebung in den Demokratien, annähernd abzugrenzen, wie viel Freiheit den einzelnen Bürgern gewährt werden kann.“<sup>40</sup> In dieser Formulierung liegt eine gewisse Ambiguität. Was heißt, „wie viel Freiheit den einzelnen Bürgern gewährt werden kann“? Heißt es, dass Staat und Bürger Ausdruck zweier unterschiedlicher Willen sind? Heißt es, dass der Staat bzw. seine politischen Akteure festlegen sollen, wie viel Freiheit die Bürger haben sollen? Oder heißt es, dass der Staat lediglich Ausdruck der freiwilligen Entscheidung aller Bürger zur Selbstbescheidung der individuellen Freiheit sein soll? Nur die letztere Deutung lässt eine widerspruchsfreie Verbindung der offenen Gesellschaft mit der individuellen Freiheit zu. „Der Liberalismus und das Eingreifen des Staates stehen zueinander nicht im Widerspruch.“ (Popper 1992 (1):133). Dieser Satz gilt nur, wenn der Staatseingriff den freien Willen seiner Bürger reflektiert. Doch Popper hat diese Deutung nicht im Sinn. Er denkt Staat und Bürger als zwei getrennte Instanzen, von denen die eine, der Staat, je nach Lage der Dinge und zu protektionistischen Zwecken zu entscheiden habe, wieweit die andere (die Bürger) in ihren eigenen Belangen entscheiden dürfe.

*„So zum Beispiel ist in der Erziehung ein gewisses Ausmaß von Staatskontrolle notwendig, wenn die jungen Menschen vor Verwahrlosung bewahrt werden sollen, die sie unfähig machen würde, ihre Freiheit zu verteidigen.“  
(Popper 1992 (1):133).*

Was dabei verwirrt und jene angesprochene Ambiguität auf-treten lässt, ist die Behauptung, dass Freiheit und Sicherheit keinen Widerspruch darstellten (Popper 1992 (1):134). Diese Behauptung gilt in politischen Gemeinschaften nur für die frei gewählte und mit der Selbstbeschneidung individueller Freiheit erkaufte Sicherheit. Sie gilt in politischen Gemeinschaften, in denen jeder sich verpflichtet, auf Eingriffe in die individuelle Freiheit der anderen zu verzichten, und in denen jeder Hilfe von der Gemeinschaft erwarten darf, falls ein anderer in seine individuelle Freiheit eingreift. Sie gilt aber nicht für die Sicherheit, für welche einzelne Bürger auf ihre individuelle Freiheit (teilweise) verzichten müssen, weil der Staat sie aus protektionistischen Gründen dazu zwingt. Sie gilt nicht für die Sicherheit vor dem, was Popper den „Missbrauch der ökonomischen Gewalt“ nennt.

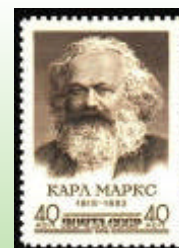
*„Ein Staat, der seine Bürger vor der Einwirkung roher Gewalt schützt (was im Prinzip im System des schrankenlosen Kapitalismus der Fall ist), kann doch unsere Absichten dadurch vereiteln, dass er es verabsäumt, die Bürger auch vor dem Missbrauch*

*der ökonomischen Gewalt in Schutz zu nehmen. In einem solchen Staat steht es dem ökonomisch Starken noch immer frei, änen Menschen, der ökonomisch schwach ist, zu tyrannisieren und ihn seiner Freiheit zu berauben. Und unter diesen Umständen kann die schrankenlose ökonomische Freiheit sich ebenso selbst zerstören wie die unbeschränkte physische Freiheit, und die ökonomische Gewalt kann fast ebenso gefährlich sein wie physische Gewaltanwendung;“  
(Popper 1992 (2):145).*

Poppers Anliegen wirft eine Reihe von Schwierigkeiten auf. Dazu gehört nicht Poppers Absicht selbst. Denn diese gilt der Wahrung individueller Freiheit. Kann aber die Anwendung der ökonomischen Freiheit von A überhaupt zur Aufgabe der individuellen Freiheit von B führen? M.E. irrt Popper, wenn er diese Möglichkeit in Erwägung zieht. Freiheitsbeschränkung setzt einen Eingriff in die Privatsphäre voraus.<sup>11</sup> Die Ausübung ökonomischer Freiheit – ohne einen Eingriff in die Privatsphäre eines Dritten – kann demnach keine Verletzung der individuellen Freiheit anderer zur Folge haben. Die ökonomische Freiheit von A kann zwar eine Verringerung der Macht von B nach sich ziehen, nicht aber eine Beschneidung von B's individueller Freiheit. Popper verfällt – ähnlich wie Hayek (Bouillon 1996, Kap. 2) – in eine konsequentialistisch inspirierte Schlussfolgerung, die eine

Verletzung der individuellen Freiheit von B für den Fall behauptet, dass B in Not ist und A diese Situationen offensichtlich ausnutzt.

*„... denn wer einen Überschuss an Nahrungsmitteln besitzt, der kann die Hungrigen ohne jede Anwendung von Gewalt zwingen, sich ‚freiwillig‘ in die Knechtschaft zu begeben. Und wenn wir annehmen, dass der Staat seine Tätigkeit auf die Unterdrückung der Gewalt (und auf den Schutz des Eigentums) einschränkt, dann ist es möglich, dass eine wirtschaftlich starke Minorität die Majorität der wirtschaftlich Schwachen ausbeutet.“  
(Popper 1992 (2):145f.).*



*Trotz aller Kritik an Marx teilte Popper über weite Strecken dessen Einschätzung des Manchesterkapitalismus, statt sich der wirtschaftshistorischen Kenntnisse seines Freundes F.A. von Hayek zu bedienen.*



## Ökonomischer Interventionismus

Hayek hat später in seiner *Verfassung der Freiheit* ein ähnliches Beispiel gewählt. Bei ihm ging es um einen Oasenmonopolisten, der von Durstenden ein Preis verlangen könne, dessen Zahlung einer Knechtschaft gleichkomme. Aber egal, ob sich B aus Hunger oder Durst in Knechtschaft zu A begäbe, und unabhängig davon, wie schändlich As Angebot an B wäre, B täte es, *ohne* von A gezwungen zu sein. Auch wenn wirtschaftlich Starke die Lage der ökonomischen Schwachen nutzen können, so tun sie dies *per definitionem* ohne Zwang (jedenfalls solange sie die Privatsphäre anderer unangetastet lassen).

Nimmt man diskussionshalber einmal an, dass – wie Popper vermutet – die Ausübung ökonomischer Freiheit von A zur Beschneidung der individuellen Freiheit von B führen könnte, dann wäre diese Wirkung nur durch eine Einengung der wirtschaftlichen Freiheit von A zu entkräften. D.h. die Wahrung individueller Freiheit auf der einen Seite ginge auf Kosten der individuellen Freiheit auf der anderen Seite. Die Frage, wie weit die wirtschaftliche Freiheit von A eingeschränkt werden darf, lässt Popper allerdings offen. Er nimmt nur einen Extremfall heraus, der s.E. nach Einlenkung des Staates, nach Einschränkung der ökonomischen Freiheit verlangt. Aber – um es auf den Punkt zu bringen – wie groß muss der Hunger von B sein, damit As Freiheit beschnitten werden darf? Droht nicht hier eine Möglichkeit, dass der Staat aus paternalistischen (vorge-

täuschten oder echten) Gründen die wirtschaftliche Freiheit seiner Bürger soweit beschränken kann, dass sie schließlich erheblich oder gar völlig zerstört ist? Popper erkennt diese Möglichkeit des Missbrauchs staatlichen Interventionismus. Er nennt sie das „Paradoxon des staatlichen Planens“. (Popper 1992 (2):152) Aber er verkennt, dass das einzige *freiheitsbedrohende* (nicht *machtbedrohende*) Paradoxon der Freiheit in der Beschränkung staatlicher Beschränkung zur Wahrung der Freiheit liegt, eben im Paradoxon staatlichen Planens. Die reine Ausübung ökonomischer Freiheit und Macht mag zwar prinzipiell zu einer Minderung der Macht (also der positiven Freiheit) der ökonomisch Schwächeren führen. Doch in der Praxis führt sie (Adam Smith lässt grüßen!) zu einer Machtmehrung der ökonomisch Schwächeren. Was noch wichtiger ist: Die reine Ausübung ökonomischer Freiheit und Macht führt niemals zur Zerstörung der individuellen Freiheit Dritter. Die Beschränkung ökonomischer Freiheit seitens des Staates führt indes sehr wohl zu einer erheblichen Einschränkung der individuellen Freiheit.

Poppers Analyse des schrankenlosen Kapitalismus gilt also nur für eine individuelle Freiheit, die mit positiver Freiheit, mit Macht gleichgesetzt ist. Denn in einem nicht-equilibrären Arbeitsmarkt besteht immer die Möglichkeit, dass der ökonomisch Stärkere den ökonomisch Schwächeren in dessen Macht einschränkt. Nur in einem Arbeitsmarkt mit vollkommener Konkurrenz ist dies – wie auch Popper sieht (Popper 1992 (2):404,

Anm. 21) – nicht möglich. Solange jedoch die Nachfrage nach Arbeit höher ist als das Angebot, kann ein Arbeitgeber diesen Umstand nutzen. Andererseits kann ein Arbeiter seine Lage ebenfalls nutzen, wenn das Arbeitsangebot höher ist als die Nachfrage. Der vermeintliche „Missbrauch“ der aufgrund der Marktverhältnisse bestehenden ökonomischen Macht steht also grundsätzlich sowohl dem Anbieter als auch dem Nachfrager offen – je nach Marktlage. Popper richtet seine Aufmerksamkeit jedoch ausschließlich auf den möglichen Missbrauch seitens der Arbeitgeber. Er setzt diese mit den ökonomisch Stärkeren gleich.

In seiner idealistischen Besorgnis um die ökonomisch Schwächeren fordert Popper:

*„Der Staat muss darauf achten, dass niemand aus Furcht vor Hunger oder vor wirtschaftlichem Zusammenbruch ein ungerechtes Abkommen zu schließen braucht. Das bedeutet natürlich, dass das Prinzip der Nichtintervention eines unbeschränkten ökonomischen Systems aufgegeben werden muss; wenn wir die Freiheit sicherstellen wollen, dann müssen wir fordern, dass die Politik schrankenloser ökonomischer Freiheit durch die geplante ökonomische Intervention des Staates ersetzt werde. Wir müssen fordern, dass der schrankenlose Kapitalismus einem öko-*

*nomischen Interventionismus weiche.*“ (Popper 1992 (2):146).

Popper verkennt, wie weitreichend seine Forderung ist und wie fatal sich ihre Einlösung auf den Markt auswirken würde. Wie soll der Staat darauf achten können, dass niemand *aus Furcht vor Konkurs ein ungerechtes Abkommen* zu unterzeichnen braucht? Wie soll er diese Furcht feststellen, und wie soll er herausfinden, ob überhaupt ein ungerechtes Abkommen vorliegt? Welches Gerechtigkeitskriterium könnte er verwenden? Wo liegt die Grenze zwischen einem noch gerechten und einem schon ungerechten Abkommen? Die Furcht vor Konkurs gehört zu den Risiken des Marktes. Sie abstellen hieße den Markt selbst außer Kraft setzen.

Auch wenn Popper die genannten Fragen offenläßt, so ist er doch nicht blind für die schleichenden Risiken des ökonomischen Interventionismus.

*„... ich möchte hier hinzufügen, dass jede Art ökonomischer Intervention, sogar die hier empfohlene Methode des schrittweisen Umbaus, die Tendenz haben wird, die Macht des Staates zu vergrößern. Der Interventionismus ist daher äußerst gefährlich.“* (Popper 1992 (2):152).

Bei einem derart offenen Zugeständnis zur potentiellen Gefahr des staatlichen Eingriffs verwundert Poppers lapidare Beschreibung des Interventionismus: „Das ist kein entscheidendes Argument gegen ihn, da ja

die Staatsgewalt immer ein gefährliches wenn auch notwendiges Übel bleiben muss.“ (Popper 1992 (2):152). Popper glaubt, dass die Gefahr eines staatlichen Interventionismus, der nicht auf den Schutz der Freiheit begrenzt bleibt, durch die Demokratie und durch die von ihm vorgeschlagene Sozialtechnologie gebannt werden könne.

### Stückwerk-Technologie

Seinem Vorschlag gab er den Namen *Stückwerk-Technologie* oder *Stückwerk-Sozialtechnik* (Popper 1987:51). Diese Sozialtechnologie sieht vor, dass Interventionen des Staates stets auf der Basis eines gesetzlichen Rahmens durchzuführen sind. Popper nennt diese Form des Eingriffs „institutionelle oder indirekte Intervention“ und unterscheidet ihn von „direkten oder personellen Interventionen“ (Popper 1992 (2):154), die von Staatsdienern lediglich für angemessen betrachtet werden, ohne auf einer rechtlichen Grundlage zu stehen. Solche personellen oder indirekten Institutionen seien eher dem Missbrauch ausgesetzt als institutionelle, indirekte Eingriffe. Poppers Sozialtechnologie greift dementsprechend auf Institutionen zurück, „die so arbeiten, dass auch schlechte Herrscher keinen allzu großen Schaden anrichten können“ (Popper 1992 (2):153). Die Crux der von Popper vorgeschlagenen Methode liegt in der Korrigierbarkeit von Entscheidungen. „Sie allein ermöglicht

die Anwendung der Methode von Versuch und Irrtum auf unsere politischen Handlungen.“ (Popper 1992 (2):154). Wie wichtig Selbstkorrekturen sind, geht aus der Bedeutung unbeabsichtigter Folgeerscheinungen rationaler Handlungen hervor (Popper 1987:52f., Anm. 18). Die Menge aller Folgen einer Handlung ist unendlich. Also weiß kein Sozialtechniker um alle Folgen seiner rationalen Handlungen – allein aus logischen Gründen.

*„Er wird sich davor hüten, Reformen von solcher Komplexität und Tragweite zu unternehmen, dass es ihm unmöglich wird, Ursachen und Wirkungen zu entwirren und zu wissen, was er eigentlich tut.“* (Popper 1987: 54).

Andere Sozialtechnologien, die auf revolutionäre Veränderungen zielen (Popper nennt sie holistisch oder utopisch), ignorieren diesen Umstand und verzichten auf ein Element der Selbstkorrektur. Stattdessen nehmen sie die Verwirklichung eines Zieles oder mehrerer Ziele in Angriff. Scheitern sie, dann sind sie entweder zur Aufgabe oder zur Improvisation gezwungen (Popper 1987:55). Die unbeirrte Zielverfolgung, der Unwille, die eigene Utopie an der Wirklichkeit testen zu lassen (somit das Eingeständnis der unwissenschaftlichen Vorgehensweise<sup>12</sup>), und die mit der Zeit fälligen Improvisationen lassen utopischen Sozialtechnologien keine andere Wahl, als die Umformung des Menschen zu betreiben. Statt eine Gesellschaft zu errichten, in

der die Menschen leben können, fordern sie einen Menschen, der in der „neuen Gesellschaft“ angepasst lebt. Ganz anders zeigt sich die Stückwerk-Sozialtechnik. Sie

*„ähneln der naturbearbeitenden Technik insofern, als sie wie diese die Endziele als außerhalb des Bereichs der Technik liegend betrachtet. (Alles was die Technologie über die Endziele sagen kann, ist, ob sie miteinander verträglich und ob sie erreichbar sind oder nicht. ... Der typische Stückwerk-Ingenieur wird folgendermaßen vorgehen. Er mag zwar einige Vorstellungen von der idealen Gesellschaft „als Ganzem“ haben – sein Ideal wird vielleicht die allgemeine Wohlfahrt sein –, aber er ist nicht dafür, die Gesellschaft als Ganzes neu zu planen. Was immer seine Ziele sein mögen, er sucht sie schrittweise durch kleine Eingriffe zu erreichen, die sich dauernd verbessern lassen.“*  
(Popper 1987:52).

Diese Aussage ist besonders bemerkenswert. Wie schon an einigen Stellen angeklungen ist, sind Poppers konkrete Vorschläge zur Beschränkung ökonomischer Freiheit mit der Wahrung individueller (und nicht positiv verstandener) Freiheit nicht vereinbar. Nun sind allerdings Poppers private Vorstellungen von den Zielen des Sozialingenieurs und den Wegen zu diesen Zielen – z.B. allgemeine Wohlfahrt via Beschränkung ökonomischer Macht – eine Sache. Seine vorgeschlagene Sozialtechnologie selbst ist eine andere Sache. Sie

ist per se wertneutral. Ihre Anwendung macht jedes Ergebnis möglich. Je nach dem, welcher Wille die Träger dieser Technologie regiert, kann sie z.B. in einer egalitären Verteilung des Einkommens in der Gesellschaft münden (Popper 1987:53). Es ist allerdings auch vorstellbar (wenn auch nicht wahrscheinlich), dass eine Gesellschaft eine strikt individualistisch-freiheitliche Form annähme, in der keinerlei staatliche Interventionen in die ökonomischen Angelegenheiten der Bürger auftreten könnten. Inso-

*„Poppers Offene Gesellschaft ist als Verteidigung der individuellen Freiheit gegen totalitäre Ideale, die sich utopischer oder holistischer Sozialtechnologien bedienen, angelegt. Aber sie wird ihrem Anspruch nicht gerecht ...“*

fern erlaubt Poppers Sozialtechnologie im Prinzip auch einen Staat, der mit der individuellen Freiheit nicht in Widerspruch steht. Zudem sieht sie vor, dass einmal gemachte Fehler (z.B. im Verfassungswerk des Staates) wieder korrigiert werden können. Diese Möglichkeit ist für jede gesellschaftliche Wunschform von Interesse – ganz egal, ob der Wunsch konservativ, sozialistisch oder sonst wie inspiriert ist. Entwicklungen in Richtung auf einen der individuellen Freiheit widersprechenden Wohlfahrtsstaat sind in Poppers Modell durchaus reversibel. Allerdings erlaubt sein Modell auch Änderungen in jede andere, nicht-liberale Richtung.

## Fazit

Poppers *Offene Gesellschaft* ist als Verteidigung der individuellen Freiheit gegen totalitäre Ideale, die sich utopischer oder holistischer Sozialtechnologien bedienen, angelegt. Aber sie wird ihrem Anspruch nicht gerecht – es sei denn, man setzte unzulässigerweise individuelle Freiheit mit Macht gleich. Popper vollzieht – wohl unwissentlich – diese Gleichsetzung, und zwar aus konsequentialistischen Gründen. Ihm geht es um die Vermeidung eines vermeintlichen „Missbrauchs“ ökonomischer Freiheit. Der reine Nachtwächterstaat reicht s.E. nicht aus, um die Möglichkeit eines solchen „Missbrauchs“ auszuräumen. Dieser könne, so Popper, die individuelle Freiheit der ökonomisch Schwächeren letztlich zerstören. Analytisch betrachtet, ist seine These falsch. Der Gebrauch ökonomischer Freiheit kann – solange er nicht mit einem Eingriff in eine fremde Privatsphäre einhergeht – lediglich die individuelle Macht Dritter (also deren positive Freiheit), nicht aber deren individuelle Freiheit, schmälern. Popper versäumt eine Abgrenzung zwischen positiver und negativer Freiheit. (Er verwendet weder den Begriff der individuellen Freiheit noch die Begriffe der positiven und negativen Freiheit.) Folglich ignoriert er, dass allein der ökonomische Interventionismus des Staates (den er zur Wahrung der positiven Frei-

heit propagiert) zu einer Einschränkung der individuellen Freiheit taugt und von seiner Tauglichkeit regen Gebrauch macht.

Poppers Stückwerk-Technologie, die einem ökonomischen Interventionismus das Wort redet, ist wertfrei. Sie ist somit auch unabhängig von den Werten, die ein Sozialtechniker nach Poppers Auffassung umsetzen sollte. Ihr Vorteil liegt in ihrem melioristischen Charakter. Sie enthält ein Moment der Selbstkorrektur, das bei unbeabsichtigten und unerwünschten Nebenfolgen greifen kann. Da sie wertfrei ist, kann sie zu jedem möglichen Resultat führen; zu einer strikt liberalen Gesellschaft ebenso wie zu einer totalitären oder zu jeder anderen politischen Gemeinschaft.



„Poppers Stückwerk-Technologie kann zu jedem möglichen Resultat führen; zu einer strikt liberalen Gesellschaft ebenso wie zu einer totalitären oder zu jeder anderen politischen Gemeinschaft.“

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Karl Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Band 1: *Der Zauber Platons*, Band 2: *Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen* (1945), 7. Auflage mit weitgehenden Verbesserungen und neuen Anhängen, Tübingen 1992. Wir zitieren nach dieser Auflage, die auch manche sprachlichen Änderungen enthält. So wurde z.B. der Titel von Kapitel 17 des 2. Bandes – auf das wir uns mehrfach beziehen werden – geändert. Statt „Das legale und soziale System“ heißt es nun „Das Rechtssystem und das soziale System“.

<sup>2</sup> Vgl. Karl Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Band 1: *Der Zauber Platons*, Tübingen 1992, S. X. Dort – im Vorwort zur siebenten Auflage – erklärt Popper die Ideale „Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Chancengleichheit“ für noch nicht erreicht. Dennoch hält er „die offene Gesellschaft des Westens“ für die bei weitem „beste, die freieste, die fairste und die gerechteste Gesellschaft, die es jemals in der Geschichte der Menschheit gegeben hat.“

<sup>3</sup> Die Diskussion um Poppers Interpretation von Platon, Hegel und Marx ist in den letzten Jahren abgeklungen. Ein versöhnliches Ergebnis hat es nie gegeben und war wohl auch kaum zu erwarten gewesen. Zu einem großen Teil der Kritik an Popper und zu seinen Erwidern darauf vgl. *The Philo-*

*sophy of Karl Popper*, 2 Bände, hg. von Paul A. Schilpp, La Salle, Ill. 1974 und die Anhänge in der siebenten Auflage von Karl Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Tübingen 1992, Band 1: *Der Zauber Platons*, S. 414-443 und Band 2: *Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen*, S. 460-494.

<sup>4</sup> Der Abgrund zwischen der Begründungsphilosophie und Poppers Fallibilismus ist unüberbrückbar und jede begründungsphilosophische Kritik an Poppers Sozialphilosophie letztlich auf diese Kluft rückführbar. Ganz anders verhält es sich mit Einwänden, die sich mit Poppers philosophischer Grundposition einverstanden zeigen und nur systemimmanente Mängel aufzeigen wollen.

<sup>5</sup> Es ist nicht verwunderlich, dass Gerrit Meijers ideenhistorische Interessen die ordoliberalen Tradition nicht aussparten; siehe seine detaillierte Abhandlung von 1988 (Meijer 1988).

<sup>6</sup> Ob diese Angst aufrichtig empfunden, lediglich vorgegaukelt oder gar zur Verfolgung anderer Ziele bewusst geschürt wird, sei einmal dahingestellt. In vielen Fällen darf letzteres vermutet werden. Man denke etwa an den Fall Microsoft.

<sup>7</sup> Dieser Umstand wird vielfach als Argument zur Einschränkung ökonomischer Freiheit verwendet, z.B. in der Diskussion um den Freihandel. Die Sehnsucht nach der ausgeglichenen Handelsbilanz hatte schon Adam Smith (1723-1790) gewundert und zum Nachweis ver-

anlasst, dass zumindest die Tendenz zum Equilibrium im freien Markt unter handelnden Nationen vorhanden sei. Freier Handel ist nicht nur per se, sondern auch per saldo „immer für beide vorteilhaft, wenn auch nicht immer für beide gleich vorteilhaft.“ (Doering 2003, S. 30). Wer im Sinne gleicher Vorteilsverteilung eine ausgeglichene Handelsbilanz fixieren will, benachteiligt letztlich beide.

<sup>8</sup> Um einen Terminus von Popper zu gebrauchen.

<sup>9</sup> Die Theorie, der Manchesterliberalismus habe die Verelendung der Massen verursacht, hat sich bis in die heutige Zeit halten können. Daran haben auch zahlreiche Beiträge renommierter Wirtschaftshistoriker, in denen diese These mehrfach falsifiziert wurde, leider nur wenig ändern können – vgl. Friedrich August von Hayek (Hg.), *Capitalism and the Historians*, London und Chicago 1954, und Detmar Doering, "Eine Lanze für den Manchesterliberalismus", in: *liberal*, Heft 3, August 1994, S. 80-86). Richard Reichel hat in seinem Aufsatz "Der deutsche Manchesterliberalismus – Mythos und Realität", in: *liberal*, Heft 2, 1996, S. 107-119, die Auswirkungen des Manchesterliberalismus in Deutschland untersucht. Ausgehend von der Annahme, dass drastisch sinkender Reallohn bei gleichzeitig steigender Arbeitszeit, deutlich zunehmender Arbeitslosigkeit und schrumpfender Lohnquote als Kriterien einer Verelendung taugten, analysierte er das für die Periode des deutschen Manchesterliberalismus vorhandene Datenmaterial und kam zu dem Ergebnis, dass keines

der genannten Kriterien im Untersuchungszeitraum festzustellen war. Im Gegenteil: Die Bergarbeiterlöhne versechsfachten sich zwischen 1850-1913 (bei einer jährlichen Inflation von 1%), was einer inflationsbereinigten jährlichen Steigerung von 2,4% entspricht. Die Real-löhne in Industrie und Handwerk wuchsen von 1850-1880 um 22%. Im gleichen Zeitraum stiegen im Bergbau die Nominal-löhne um 89 bis 127% (bei einer Preissteigerung von 47%). Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit schrumpfte von ca. 18% (1830) auf 8-2% (1840-1913), und die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit sank von 85 Stunden auf 65 Stunden. Die Lohnquote (prozentualer Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen) blieb konstant, d.h. Unternehmer wie Arbeiter profitierten gleichermaßen vom Wirtschaftswachstum. Im Manchesterliberalismus fand also keine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeiter statt.

<sup>10</sup> (Popper 1992:132); vgl. auch Karl Popper, *Auf der Suche nach einer besseren Welt*, a.a.O., S. 169: „Der Staat ist ein notwendiges Übel. Seine Machtbefugnisse sollten nicht über das *notwendige* Maß hinaus vermehrt werden. Dieses Prinzip könnte man das „liberale Rasiermesser“ nennen (in Anlehnung an Ockhams Rasiermesser, d.h. das berühmte Prinzip, dass metaphysische Wesenheiten nicht über das notwendige Maß hinaus vermehrt werden sollen).“ – Hervorhebung HB. Von einem Rasiermesser erwartet man allerdings

optimale Schärfe. Angesichts steigender Staatsquoten hat man gelegentlich den Eindruck, als ob da jemand die Klinge wetzen würde, der gerne ungeschoren davon kommen will. 1956, als Popper dies schrieb, mag sich dieser Eindruck nicht so sehr aufgedrängt haben.

<sup>11</sup> Vgl. Hardy Bouillon, *Freiheit, Liberalismus und Wohlfahrtsstaat*, Baden-Baden: Nomos 1997, Kapitel 3. Dort ist näher spezifiziert, was unter einem Eingriff in die Privatsphäre zu verstehen ist.

<sup>12</sup> Wissenschaftlich sind laut Popper solche Theorien, die falsifizierbar sind; vgl. dazu Karl Popper, „Falsifizierbarkeit, zwei Bedeutungen von“, in: Helmut Seiffert und Gerard Radnitzky, *Handlexikon zur Wissenschaftstheorie*, München 1989, S. 82ff.



## Literatur



- Bouillon, H. (1996). *Freiheit, Liberalismus und Wohlfahrtsstaat*. Baden-Baden: Nomos.
- Doering, D. (1994). „Eine Lanze für den Manchester-Liberalismus“. *liberal*, Heft 3, 80-86.
- Doering, D. (2003). *Kleines Lesebuch über den Freihandel*, ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Detmar Doering. St. Augustin: Academia Verlag.
- Hayek, F.A. (1954). (Hg.). *Capitalism and the Historians*, London und Chicago.
- Meijer, Gerrit (1988). *Het Neoliberalisme. Neoliberalin over economische orde en economische theorie*, Maastricht.
- Popper, K. (1974). *The Philosophy of Karl Popper*, 2 Bände, hg. von PAUL A. SCHILPP, La Salle, Ill.
- Popper, K. (1987). *Das Elend des Historizismus*, Tübingen: Mohr (5. Auflage).
- Popper, K. (1989). „Falsifizierbarkeit, zwei Bedeutungen von“, in: Helmut Seiffert und Gerard Radnitzky (Hg.). *Handlexikon zur Wissenschaftstheorie*, München: Ehrenwirth, S. 82ff.
- Popper, K. (1991). *Auf der Suche nach einer besseren Welt*, München (6. Auflage).
- Popper, K. (1992 (1)). *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band 1: Der Zauber Platons* (1945), 7. Auflage mit weitgehenden Verbesserungen und neuen Anhängen, Tübingen: Mohr.
- Popper, K. (1992 (2)). *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band 2: Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen* (1945), 7. Auflage mit weitgehenden Verbesserungen und neuen Anhängen, Tübingen: Mohr.
- Reichel, R. (1996). „Der deutsche Manchesterliberalismus – Mythos und Realität“, *liberal*, Heft 2, S. 107-119.

## Geistiges Eigentum



Wie CNE-Präsident Dr. Tim Evans am 5. April bekannt gab, wird CNE ab Mai dem Thema „geistiges Eigentum“ eine eigene Website widmen.

Dort werden Sie in Zukunft eine Reihe marktwirtschaftlich orientierter Lösungen zur Frage des geistigen Eigentums in der Tradition libertären und klassisch liberalen Gedankengutes vorfinden.

Die neue Website wird unter anderem Hinweise und ausführliche Berichte über Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Medienberichte und Querverweise zu verwandten Websites

und außerdem eine „virtuelle Buchhandlung“ enthalten. D.h., Sie werden von dort direkten Zugang zu den schnellsten und günstigsten Bezugsquellen haben.



# Reformstau Deutschland

Bonn/Zürich, Criticón

*Warum ist es so schwer, Deutschland zu reformieren? Ein Jahr Agenda 2010 und schon verlässt die Deutschen der Mut. Dabei haben andere Länder längst vorgemacht, wie erfolgreiche Reformen gehen können. Die Slowakei brilliert mit einem Steuersatz von 19 Prozent für alle und ist das Investorenparadies in Osteuropa. Und Finnland hat sich zum Musterknaben in der EU gemausert. Zwei Denkfabriken – Avenir Suisse aus der Schweiz und das Hamburgische Weltwirtschaftsarchiv HWWA – haben nach den Ursachen geforscht, warum Deutschland besonders schwer zu reformieren ist. Gunnar Sohn stellt das Ergebnis vor.*

In kaum einem anderen Land gibt es so viele Vetospieler wie hierzulande. Vetospieler sind Individuen oder Gruppen, deren Zustimmung für eine Änderung des Status quo notwendig ist.

„Unsere Studie kommt zu dem Schluss, dass in Deutschland das institutionelle Gefüge, die 'Spielregeln' allgemein, ein Haupthindernis für Reformen darstellen: der fein austarierte Föderalismus, die 'runden Tische'. Aber um diese Institutionen zu ändern, sind immer Personen nötig. Wir haben einfach beobachtet, dass in Ländern mit

erfolgreichen Reformen immer ein überzeugendes Reformteam mit einer Persönlichkeit, die sich glaubwürdig mit den Veränderungen identifiziert, am Werk war. Jetzt kann man sagen, das sei banal, nur muss man sich dann auch fragen, wieso macht man es denn nicht so in Deutschland“, sagt Co-Autor Stefan Flückiger von Avenir Suisse in einem Interview mit dem Mittelstandsmagazin Criticón <http://www.criticon.de>.

Die Wissenschaftler haben in den sechs Ländern Dänemark, Finnland, Großbritannien, Neuseeland, die Niederlande und Schweden, die in jüngerer Vergangenheit tief greifende Reformen durchgeführt haben, nach Bedingungen gesucht, unter denen eine Modernisierung der Strukturen möglich war. Die Einsicht in die Notwendigkeit der Veränderung stehe am Anfang der Reform. „Man muss sich schon fragen, ob die deutsche Regierung heute nicht besser dastünde, hätte sie nicht 1998 nach gewonnenen Wahlen mutig und entschlossen genau die Reformen angepackt, die sie heute unter viel schwierigeren Umständen ja ohnehin durchführen muss. Die Fakten lagen ja bereits damals auf dem Tisch. Sie hat klar ein 'window of opportunity' verpasst“, führt Flückiger aus.

Erfolgreiche Reformen seien zudem geprägt von Führungspersönlichkeiten oder Teams, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. „Veränder-



Prof. Dr.  
Thomas  
Straubhaar

Leiter des  
HWWA  
und einer  
der Auto-  
ren von  
*Ökonomik  
der  
Reform*

ungsprozesse erfordern einen politischen Unternehmer, den 'Schumpeter'schen Politiker'. Radikale Reformen werden von starken und glaubwürdigen Persönlichkeiten durchgesetzt. Aber diese Spezies ist rar. Politiker wollen gewählt und geliebt werden. Reformer werden in der Regel erst in der nächsten und übernächsten Generation honoriert“, so Flückiger. „Reformer waren immer dann erfolgreich, wenn es gelang, etablierte Interessengruppen zwar anzuhören, aber aus dem unmittelbaren Entscheidungsprozess heraus zu halten. Zeitlich beschränkte Kompensationen für «Verlierer» können die Akzeptanz von Reformen erhöhen“. Je länger der Reformprozess dauere, desto größer seien die Gefahren der Behinderung, vor allem bei zahlreichen einflussreichen Vetospielern.

Yvonne Heiniger/ Thomas Straubhaar/ Hans Rentsch/ Stefan Flückiger/ Thomas Held, *Ökonomik der Reform – Wege zu mehr Wachstum in Deutschland*, 160 Seiten, 24 Euro, Orell Füssli Verlag, Zürich.

## Vaterlandslose Gesellen

Bonn/Berlin, [www.ne-na.de](http://www.ne-na.de)

*Einst wurden Deutschlands Sozialdemokraten selbst als „vaterlandslose Gesellen“ gescholten. Jetzt reichen führende Genossen wie Kanzler Schröder oder SPD-General Klaus Uwe Benneter den Vorwurf an die Wirtschaftsbosse weiter. Der Grund: Auch im Frühjahr 2004 will der hiesige Wirtschaftsmotor einfach nicht anspringen. Kein Wachstum, nirgends. Arbeitsplätze sind der neue Exportschlager der deutschen Wirtschaft. Bei den Genossen liegen die Nerven blank. BDI-Präsident Michael Rogowski und DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben wehren sich gegen den Versuch der Sozialdemokraten, diejenigen Unternehmer, die Arbeitsplätze ins Ausland verlagern ("Offshore-Outsourcing"), als unpatriotisch und unanständig zu brandmarken. Es sei der durchsichtige Versuch der Bundesregierung, vom eigenen wirtschaftspolitischen Versagen abzulenken und Sündenböcke zu schaffen, schreibt Ansgar Lange. Außerdem:*

In den vergangenen 14 Jahren verloren in Deutschland nur 90.000 Arbeitnehmer wegen Outsourcing ihren Job. Angesichts von 4,6 Millionen Arbeitslosen ist diese Zahl eher klein. Deutschlands gravierende ökonomische Probleme müssen also andere Gründe haben.

Und trotzdem kommt die SPD-

Kampagne beim Publikum gut an: Dies bestätigt eine aktuelle Spiegel-Umfrage. 58 Prozent Zustimmung bekommt Schröders Vorwurf, die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland sei ein „unpatriotischer Akt“. Schröders pauschale Wirtschaftsschelte verfährt sogar besser bei der CDU als bei der SPD (91 Prozent gegen 90 Prozent Zustimmung). Fachleute schütteln da nur den Kopf.

„Outsourcing im internationalen Rahmen ist keine Frage von Patriotismus, sondern von Wettbewerbsfähigkeit, der Anpassung an dynamische Märkte und veränderte Rahmenbedingungen“, so Udo Nadolski, Geschäftsführer des Düsseldorfer Beratungsunternehmens Harvey Nash. In den „international boomenden Dienstleistungsbranchen“ sei Deutschland „eine vertrocknete Quelle“. Das bestätigt auch der amerikanische Wachstumsforscher und Nobelpreisträger Robert Solow. Er hält Arbeitsmarktreformen in Deutschland zwar für dringend notwendig. In noch stärkerem Maße müssten allerdings die Märkte für Güter und Dienstleistungen dereguliert werden.

Es lohnt sich, die sogenannte „Patriotismusdebatte“ mit kühlem Blick und mehr Sachlichkeit zu betrachten. Auch in den USA hat der demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry Emotionen statt Fakten sprechen lassen. So brachte er jüngst in seiner Eigenschaft als Senator von Massachusetts einen Gesetzentwurf ein, wonach Mitarbeiter

von Call Center zu Beginn eines Gesprächs den Namen ihres Herkunftslandes nennen sollen. Die Fakten widerlegen Kerrys Populismus: Eine US-Studie schätzt, dass das Outsourcing von Dienstleistungen im Computerbereich in den Vereinigten Staaten in den kommenden Jahren 317.000 neue Arbeitsplätze schaffen



**Verkehrte Welt: Sozialdemokraten, wie Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, nennen Unternehmer „vaterlandslose Gesellen“.**

wird. Lediglich 104.000 gingen durch Offshoring verloren. In Deutschland sieht das anders aus: Einer Studie von Deutsche Bank Research zufolge sind im deutschen IT-Sektor bis 2008 rund 50.000 Arbeitsplätze gefährdet. 3,5 Prozent der 1,4 Millionen Jobs in der IT-Branche werden demnach wegfallen.

Letztlich kann man zum jetzigen Zeitpunkt keine wirklich seriösen Angaben darüber machen, wie sich der Trend zur Auslagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland in Ländern wie Deutschland oder den USA langfristig auswirken wird. Die Osterweiterung der

EU wird den bisherigen Trend sicher verstärken. Der Staat kann diese Entwicklung aber mit Sicherheit nicht per Dekret oder mit ungläubwürdigen Debatten über die Vaterlandsliebe der Firmenchefs stoppen. Wie lässt sich unser Land und unsere Wirtschaft fit machen für die Zukunft? Ein Grund für das praktizierte Offshoring sind die kurzen Arbeitszeiten, die starren und unflexiblen Tarifverträge und die vergleichsweise hohen Löhne in Deutschland. Michael Müller, Wirtschaftssenator im Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW), rechnet vor: "Rund 42 Urlaubs- und Feiertage

aus. Das Unternehmen wird von neun verschiedenen Gehaltstarifverträgen und weiteren neun Manteltarifverträgen geknebelt. Auf den Vorschlag der Unternehmensleitung, die heimischen Jobs durch die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche und flexible Arbeitszeiten von 6 bis 21 Uhr zu sichern, reagierten die Vertreter der IG-Metall vor wenigen Tagen mit der totalen Blockadehaltung.

Gerade in der IT- und TK-Branche, wo Offshoring mittlerweile an der Tagesordnung ist, führt solches Kirchturmdenken nicht weiter. Meinhard Miegel

derem wegen der immer noch vorherrschenden 68er-Bildungs-ideologie und Technikfeindschaft auf Platz 20. Bei der Qualität der naturwissenschaftlichen und mathematischen Ausbildung erreichen wir weltweit sogar nur noch Rang 47, direkt hinter Costa Rica.

Offshoring an sich ist keine Gefahr, sondern eine natürliche Folge der Globalisierung, der Öffnung der Märkte und des Untergangs des Ostblocks. Das Beispiel USA zeigt, dass durch die Auslagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland auch wieder neue Jobs im Inland entstehen. Problematisch wird es nur, wenn ganze Industrien ins Ausland abwandern. Bei der deutschen Schlüsselindustrie, der PKW-Sparte, liegt der Anteil der Auslandsproduktion bei rund 45 Prozent. Das sollte unserem „Autokanzler“ zu denken geben. Polemik gegen Wirtschaftsbosse hilft uns nicht weiter. Die Rezepte sind altbekannt und müssen nur umgesetzt werden: Kostenreduzierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Aufbrechen des Tarifkartells, steuerliche Entlastung vor allem der mittelständischen Wirtschaft (in der Slowakei liegen sämtliche Steuern bei nur 19 %) sowie neue Anstrengungen und Innovationen im Bereich von Schule, Ausbildung und Universität. Hierzu ist ein Mentalitätswandel vonnöten. „Wer hierzulande an seiner beruflichen Karriere bastelt, gründet keinen Betrieb, sondern geht in den öffentlichen Dienst.“ Diese Einstellung, von Michael Müller treffend auf den Punkt gebracht, macht Deutschland garantiert nicht wieder zur Wirtschaftslokomotive Europas.



### Bald auch in Deutschland?: nationalistische Demonstrationen gegen die Auslagerung von Arbeitsplätzen

hierzulande stehen beispielsweise 36 in Frankreich oder 23 in den USA gegenüber. Die Löhne in Deutschland stiegen seit 1950 um 1.600 Prozent, die Arbeitszeit sank im Gegenzug um 18 Prozent", so Müller, Geschäftsführer des Neusser Unternehmens a & o after sales & onsite services GmbH.

Manche Mittelständler ziehen nun die Notbremse. Der Stuttgarter IT-Dienstleister NextiraOne, der in Deutschland rund 1.200 Arbeitsplätze sichert, trat jüngst aus den zuständigen Arbeitgeberverbänden – 17 (!) an der Zahl –

wirft vielen Deutschen daher mit einigem Recht vor, auf einem zu hohen Ross zu sitzen. Man sei der irrigen Meinung, hohe Löhne und kurze Arbeitszeiten könne man sich wegen des hohen Ausbildungsstandards in Deutschland leisten. Doch immer mehr Unternehmen wandern ab, weil sich qualifizierte Mitarbeiter auch in Bratislava oder Bangalore finden. Deutschland hat – gemessen an der Bevölkerung – zu wenig Wissenschaftler und Ingenieure. An der Spitze liegen Israel, Indien und die Slowakei. Deutschland schafft es unter an-